

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Fachliche Einführung ehrenamtlicher Mitglieder der Partizipationsgruppen (Quartierkommissionen) mittels Weiterbildungs-Modulen

Damit Gemeinderat und Verwaltung nicht mit Dutzenden kleiner und grösserer Quartier-Organisationen einzeln verhandeln muss, wurden pro Stadtteil je eine repräsentative Partizipationsgruppe aufgebaut.

Die Arbeit in diesen Quartierkommissionen wird ehrenamtlich geleistet, von vielen engagierten Quartierbewohnenden, die aber teilweise wenig Vorkenntnisse bezüglich Organisation der Stadtverwaltung und politischer Abläufe mitbringen. Oft ist ihnen zudem unklar, welche Aufgaben und Rechte ihrer Kommission zustehen und was Gemeinderat und Verwaltungszweige von ihr erwarten. Entsprechend gross ist leider manchmal der Reibungsverlust innerhalb der Kommissionen und in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung.

Personen, die sich freiwillig und ehrenamtlich für die Quartierkommissionen zur Verfügung stellen, sollen die Möglichkeit haben, sich seriös in ihre Aufgabe einzuarbeiten. Entsprechend sollte von der Stadt eine Einführung angeboten werden. Damit könnte die Arbeitsqualität innerhalb der Kommission erhöht und die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wesentlich effizienter gestaltet werden.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, für die ehrenamtlichen Mitglieder der Partizipationsgruppen (Quartierkommissionen) eine freiwillige Einführung und Weiterbildung mittels verschiedener Module mit folgenden Inhalten anzubieten:

1. Politische Kernprozesse und demokratische Abläufe – Kompetenzen Gemeinderat, Stadtrat, Souverän
2. Strukturen, Organisation und Aufgaben der Stadtverwaltung
3. Zusammenspiel Politik-Verwaltung: worauf kommt es an?
4. Struktur, Organisation und Funktionsweise der Quartierkommissionen
5. Erwartungen Gemeinderat und Verwaltung an Quartierkommissionen
6. Sachbereiche, in denen die Quartiermitwirkung besonders gefragt ist
7. Kennen lernen der wichtigsten Ansprechpersonen der Verwaltung für die Quartierkommissionen

Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

Die Teilnahme an 1- bis 2-mal jährlich stattfindenden Einführungs- oder Weiterbildungs-Modulen fördert zudem die erwünschte Vernetzung der verschiedenen Stadtteile. Sie soll für die Teilnehmenden kostenlos sein.

Bern, 22. März 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Christof Berger, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Claudia Kuster, Michael Aebersold, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Guglielmo Grossi, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Andreas Kruppen, Giovanna Battaglio, Ursula Marti, Stefan Jordi, Beni Hirt, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat misst der Arbeit der anerkannten Quartierorganisationen grosse Bedeutung zu. Zwischen den Organisationen und der Stadt finden regelmässige Kontakte statt. Auf Stadtseite sind dabei in der Regel jene Verwaltungsstellen Ansprechpartnerinnen, die konkrete Vorhaben in den betroffenen Stadtteilen planen oder ausführen. Die Stadt unterstützt die Organisationen jährlich mit maximal Fr. 300 000.00.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich in den Quartierpartizipationsgremien politisch Interessierte und Betroffene begegnen, diskutieren und oft auch etwas verändern wollen. Der Gemeinderat geht deshalb davon aus, dass staatsbürgerlicher Unterricht, wie ihn das Postulat unter anderem fordert, unnötig ist. Was die konkreten Forderungen nach Ansprechpersonen in der Verwaltung anbelangt, so stehen die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung den Quartierorganisationen und ihren Organen bereits heute und jederzeit gerne zur Verfügung und nehmen an den Sitzungen der Quartierorganisationen teil, sei es auf Wunsch der Organisationen, sei es auf Wunsch des Gemeinderats.

Wo die Quartierpartizipationsgremien selber Lücken beim Know-how ihrer Mitglieder feststellen, steht es ihnen frei, die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen der Subventionen selber anzubieten. Der Gemeinderat hat Grund zur Annahme, dass Weiterbildung, die von Seite der Verwaltung oder der Regierung angeboten wird, als Bevormundung oder unerwünschte Einmischung aufgefasst werden könnte. Er ist jedoch jederzeit bereit, konkrete Forderungen der Quartierpartizipationsgremien entgegen zu nehmen und entsprechende Themen im Rahmen der in der Verwaltung vorhandenen Kapazitäten an Sitzungen der Quartierorganisationen zu behandeln. Ein institutionalisiertes Angebot, das dann möglicherweise doch nicht genutzt wird, lehnt er ab.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 24. Oktober 2007

Der Gemeinderat